

POLITIKKOMMUNAL

INFORMATIONEN DER CDU IN DER STADT SCHMALLENBERG



**HAUSHALT UND
INVESTITIONEN**

Seite 2/3



**ENTWICKLUNG DER
FLÜCHTLINGSSITUATION**

Seite 5



**ZUKUNFTSSICHERUNG
DES KANALNETZES**

Seite 4

Foto: CDU, Markus Schwarze

Für eine lebenswerte Stadt



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schmallemburg,

zu Beginn des Jahres 2017 möchten wir Sie aus Sicht der CDU über aktuelle kommunalpolitische Themen informieren. Dabei orientieren wir uns an den im Stadtentwicklungskonzept formulierten Zielen, die uns als strategische Leitlinie dienen:

- Schmallemburg muss seine Bürger gut versorgen,
- Schmallemburg muss finanzierbar sein,
- Schmallemburg muss attraktiv sein.

Ferner geben wir einen ersten Ausblick auf die bevorstehende Landtagswahl am 14. Mai 2017. Hier lassen wir die „Kirche im Dorf“ und konzentrieren uns auf die Anknüpfungspunkte zwischen Kommunal- und Landespolitik.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass unsere Stadt, mit ihren über 80 Ortsteilen, lebenswert ist und auch in Zukunft bleibt.

Freuen Sie sich auf eine interessante Lektüre, zusammengestellt von vielen Autoren aus Fraktion und Stadtverband.

Es grüßt Sie herzlich

Hans-Georg Bette

**1. Vorsitzender
CDU-Stadtverband Schmallemburg**



CDU

STADTVERBAND
SCHMALLEMBURG

Stadt Schmallenberg auf gutem Weg

Bisher hat noch kein seriöser Politiker einen Weg aufgezeigt, wie man Steuern und Gebühren senkt und gleichzeitig die öffentlichen Leistungen ausweitet. In Schmallenberg verstehen es Politik und Verwaltung allerdings schon seit Jahren bestens, eine gelungene Kombination beider Aspekte zu schaffen. Die Rahmendaten für das Haushaltsjahr 2017 sind mehr als erfreulich und Schmallenberg befindet sich auf einem guten Weg. Erstmals konnten wir einen in Ertrag und Aufwand ausgeglichenen Haushalt verabschieden. Er „gilt“ nicht nur als ausgeglichen, er ist ausgeglichen!

Vergleiche mit unseren Nachbarstädten und -gemeinden belegen, dass sich unsere Stadt im unteren Bereich der Steuern und Gebührensätze wiederfindet. Zudem führte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu einem stetigen Wachstum der Erträge aus Einkommen- und Umsatzsteuer; die Gewerbesteuer entwickelte sich ausgesprochen dynamisch. Dieses lässt den Schluss zu, dass viele unserer Gewerbetreibenden äußerst erfolgreich unterwegs sind - die niedrige Arbeitslosenrate, wie auch die hohe Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, stützen diese Vermutung eindrucksvoll.

Haushalts- und Finanzplan 2017 sehen für die nächsten vier Jahre Investitionen von immerhin 43 Mio. € vor, davon allein 13,7 Mio. € im Jahr 2017. Kindergärten, Schulen, Schulhöfe, Stadthalle und Kurhaus, Rathaus, Straßen, Parkanlagen, Breitband, Feuerwehr und vieles mehr - wir sind mit aller Kraft dabei, alle Bereiche der städtischen Infrastruktur zu sanieren, zu modernisieren, dem zukünftigen Bedarf anzupassen!

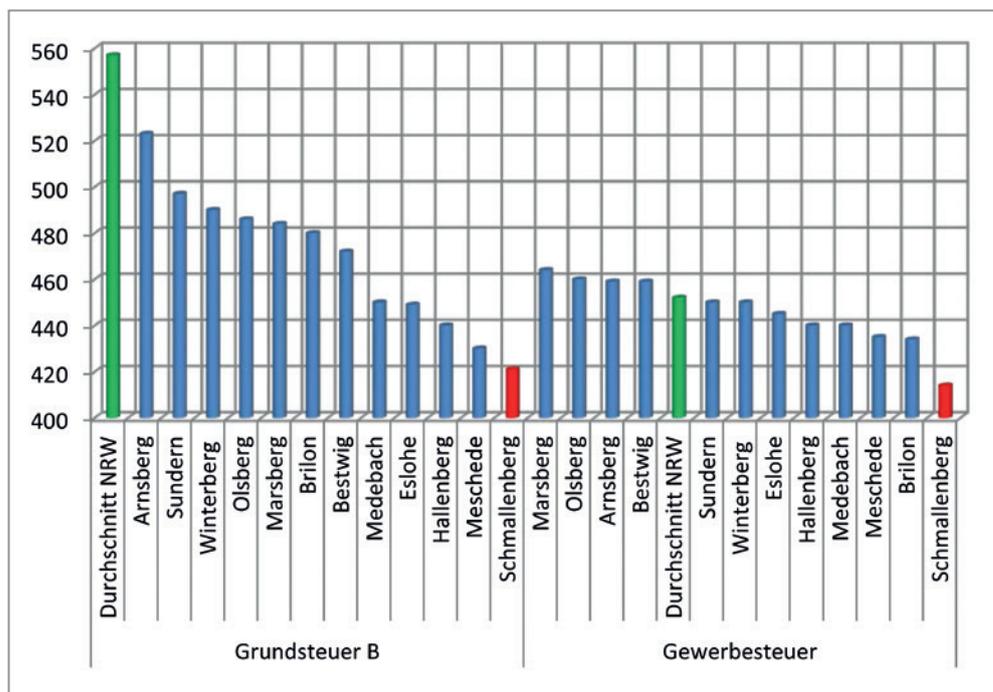
Das veranschlagte Investitionsvolumen von annähernd 14 Mio. € im Jahr 2017 ist sehr hoch. Es stellt die Mitarbeiterin-



nen und Mitarbeiter in der Verwaltung vor anspruchsvolle Aufgaben. Erhalt und Ausbau der Infrastruktur als Grundvoraussetzung jeglicher Entwicklung, eine zentrale Zielsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, werden damit eindrucksvoll belegt.

Die CDU in Schmallenberg steht, nach wie vor, für solide, ausgeglichene Finanzpolitik, ohne die erforderlichen investiven Maßnahmen zu vernachlässigen. Wir als CDU werden uns auch in der Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es in der Stadt Schmallenberg so weitergeht!

Realsteuerhebesätze 2016 im Hochsauerlandkreis



Ludwig Poggel

Vorsitzender CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schmallenberg und Vorsitzender des Bezirksausschusses Bad Fredeburg

Konstante Steuern und Abgaben auf einem sehr niedrigen Niveau.

Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion wurde im Jahr 2016 die Modernisierung der städtischen Grundschulgebäude Oberkirchen und Berghausen mit einem Volumen von 1,28 Mio. € beschlossen. Auch im Jahr 2017 und den Folgejahren werden wir diesen Modernisierungskurs weiter unterstützen. Der städtische Haushalt sieht daher die grundlegende Sanierung der Grundschulgebäude in Schmallenberg, Bad Fredeburg und Bödefeld vor. Ferner ist für die Grundschule Oberkirchen die Errichtung eines Erweiterungsbaus im Jahr 2018 vorgesehen. Insgesamt sollen im Jahr 2017 3,26 Mio. € im Schulbereich investiert werden. Dies ist mit 23,35 % der größte Ausgabeblock im Investitionsbereich der Stadt Schmallenberg.

Doch auch der Erhalt der Stadtstraßen ist ein besonderes Anliegen der CDU Schmallenberg. So haben wir bei den Vorberatungen zum Haushalt 2017 den Vorschlag eingebracht, für die großflächige Straßeninstandsetzung innerörtlicher Straßen zusätzliche 100.000 € bereitzustellen. Der Rat ist diesem Vorschlag mehrheitlich gefolgt.

Weitere CDU-Initiativen sind der Ausbau der Breitbandversorgung, die Erschließung bzw. Bereitstellung kostengünstiger Wohnbau- und Gewerbegrundstücke, der Ausbau der Gemeindestraße zwischen Gleidorf und Grafschaft sowie der Umbau des Kurhauses und die Modernisierung der Stadthalle. Darüber hinaus freut sich die CDU über die erteilte Plangenehmigung für die Ortsumgehung Bad Fredeburg. Nun sind alle Kräfte in Schmallenberg aufgerufen, sich für einen raschen Baubeginn bei der Landesregierung in Düsseldorf stark zu machen. All diese Investitionen in die Infrastruktur machen unsere Stadt attraktiv und zukunftsfähig!

Michael Franke

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Technischen Ausschusses im Rat der Stadt Schmallenberg



Erweiterungsbau der Turnhalle an der Grundschule Berghausen



Das Musikbildungszentrum Südwestfalen in Bad Fredeburg



Grundschule in Oberkirchen



Das Lenneatelier am „Kunsthalle alte Mühle“ in Schmallenberg

Zukunftsfähig - Kinder und Jugendliche in Schmallenberg

Das „Leben auf dem Land“ hat so seine Sonnen- und Schattenseiten und ist insbesondere für Kinder und Jugendliche manchmal mit Einschränkungen verbunden: Der Bus fährt nicht so oft und das nächste Kino ist weit. Dennoch können wir feststellen, dass zahlreiche Kindertageseinrichtungen, sehr gute Grundschulen und eine breit gefächerte Schullandschaft aus Haupt- und Realschule sowie Gymnasium vor Ort, einen verlässlichen und fördernden Rahmen in unserer Stadt Schmallenberg bilden. Ein attraktives Vereinsleben und vielfältigste private Initiativen für Kinder und Jugendliche machen einiges wett – zahlreiche Sportarten werden ausgeübt, ein attraktives Erlebnisschwimmbad steht zur Verfügung, Musikinstrumente aller Art können erlernt werden, kulturelle Angebote laden zu Neuentdeckungen ein, offene Treffs zum gegenseitigen Kennenlernen.

Der Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Schmallenberg schafft auch weiterhin den Rahmen dafür. Er liegt allen Fraktionen zur Beratung vor und definiert zukünftige Handlungsfelder im Bereich der Jugendarbeit. Vorrangig geht es darum, Teilhabe zu ermöglichen, Angebote zu unterbreiten,

die die individuelle Persönlichkeit fördern, städtische Kinder- und Jugendarbeit zu definieren und Jugendverbandsarbeit zu fördern. Die CDU in Schmallenberg unterstützt diese Planung, denn wir möchten, dass sich Kinder und Jugendliche auch in Zukunft in unserer Stadt bestens aufgehoben fühlen. Dass sie sich beteiligen und engagieren können, denn sie sind ein wichtiger Teil unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Wir halten Ausschau nach geeigneten Beteiligungsformen für Jugendliche und freuen uns über Vorschläge und Anregungen dazu.

Katja Lutter

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und stellvertretende Bürgermeisterin



Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht an den Ruhrverband

Aufgrund einer neuen landesgesetzlichen Regelung kann die Stadt die Abwasserbeseitigungspflicht (Sammeln und Ableiten) an einen „sondergesetzlichen Wasserverband“ übertragen. Dies ist für unsere Region der Ruhrverband, eine durch Gesetz und Satzung geregelte Körperschaft des öffentlichen Rechts, bei der auch die Stadt Schmallenberg Mitglied ist. Eine Übertragung an Dritte (z. B. Privatunternehmen) ist ausdrücklich nicht zulässig.



Da der Ruhrverband bereits seit 2012 im Auftrag der Stadt die Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs wahrnimmt, lag die Überlegung nahe, nunmehr sämtliche Pflichten und Risiken gesamtverantwortlich zu übertragen. Dem Ruhrverband obliegt ja bereits die Reinigung des Abwassers in seinen Kläranlagen. Mit Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht (Sammeln und Fortleiten) läge dann die gesamte Abwasserentsorgung als wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in einer Hand und wäre langfristig auf hohem Niveau gesichert. Aus Sicht der CDU-Fraktion sprechen viele gute Gründe für diese Lösung:

- Durch eine effiziente Abwasserbewirtschaftung in einer Hand können Kostenvorteile gehoben werden, die zu günstigen Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger beitragen. Mindestens fünf Jahre bleiben gemäß vertraglicher Regelung die heutigen Gebührensätze, soweit sie die Abwasserbeseitigung betreffen, unverändert.
- Einmalige Anschlussbeiträge entfallen künftig und werden stattdessen für die betreffenden Anschlussnehmer über eine geringfügig höhere Abwassergebühr über die Jahre verteilt abgegolten. Das führt zu einer deutlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Erschließungs- bzw. bei Straßenbaumaßnahmen.
- In Schmallenberg gehen keine Arbeitsplätze verloren. Die Mitarbeiter sind bereits 2012 im Rahmen der Übertragung der Betriebsführung zu einer Tochtergesellschaft des Ruhrverbandes gewechselt bzw. zu dieser abgeordnet. Im Rathaus wird es weiterhin einen Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger geben, auch der Gebührenbescheid kommt weiterhin von der Stadt.

- Dabei bleibt die Stadt juristische Eigentümerin, der Ruhrverband erhält lediglich ein Nutzungsrecht. Im Gegenzug leistet der Ruhrverband eine Ausgleichszahlung für die Überlassung des Nutzungsrechtes.
- Auch finanziell ist die Übertragung daher vorteilhaft: Aus den ehemaligen Stadtwerken resultierende Darlehen können in Höhe von € 5,3 Mio. zurückgeführt werden. Zudem fließt ein Betrag von rd. € 20,6 Mio. in die Stadtkasse und steht für andere Zwecke, zum Beispiel für Investitionen zur Verfügung. Wir alle profitieren von einer attraktiven Stadt, die bezahlbar ist und die Menschen gut versorgt, denn die Stadt ist nichts anderes als die Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger.

Daher haben wir uns als CDU für die Übertragung ausgesprochen, denn wir wollen die Zukunft unserer Stadt, mit ihren über 80 Ortsteilen, aktiv gestalten. Falls Sie Fragen zur Position der CDU haben, sprechen Sie uns gerne an. Ihr örtlicher Stadtvertreter steht Ihnen für ein Gespräch gerne zur Verfügung. Darüber hinaus finden Sie viele weitere Informationen zum Thema auf unserer Internetseite www.cdu-schmallenberg.de.

Hans-Georg Bette

Stadtvertreter und Vorsitzender
des CDU-Stadtverbandes Schmallenberg



Sicherheit und Freiheit von Bernhard Halbe

Im freiheitlichen Rechtsstaat kann der Mensch vom Staat seinen persönlichen Freiraum verlangen. Manchmal wird wenig beachtet, dass der persönliche Freiraum immer in einer Wechselwirkung zu anderen Menschen besteht. Der Staat hat das Gewaltmonopol und die Pflicht, den Bürger vor Straftaten zu schützen. Damit dieser Schutz gelingt, müssen, unter anderem, Informationen gesammelt und genutzt werden. Oft diskutierte Beispiele sind die Videoüberwachung, die Telefondatenspeicherung oder der Fingerabdruck auf dem Pass. Jedes Mal bedarf es einer Abwägung, welche Einschränkung der persönlichen Freiheit sachlich notwendig ist, um Sicherheit und damit wieder persönliche Freiheit zu garantieren. Angesichts der aktuellen Gefahren durch Terrororganisationen müssen wir wohl ein Mehr an Datensammlungen bei den Sicherheitsbehörden haben, als in früheren Jahren. Von jedem in Deutschland muss man erwarten, dass er sich korrekt ausweist. Wer mehrfache Identitäten hat und diese zum Sozialbetrug nutzt, muss die Konsequenzen tragen.



Foto: CDU, Markus Schwarze

Ankommen und Kennenlernen

Andererseits kann ein wohlhabendes Land wie Deutschland vielen Menschen Schutz gewähren, die ehrlich und integrationsbereit sind. Die ganz große Anzahl der Flüchtlinge in Schmallenberg gehört zu dieser Gruppe. Vom römischen Komödiendichter Plautus aus der Zeit von 200 Jahren vor Christus stammt der Spruch „Lupus est homo homini, non homo, quom qualis sit non novit.“ In der Übersetzung: „Ein Wolf ist der Mensch dem Menschen, kein Mensch, wenn man sich nicht kennt.“ Vereinfacht: Menschen, die man nicht kennt, werden als Bedrohung verstanden. Das ändert sich dann, wenn man die Menschen kennengelernt hat. Genau das ist im Jahr 2016 in Schmallenberg vielfach passiert. Viele Flüchtlinge sind auf dem Weg anzukommen, durch gute persönliche Beziehungen zu ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, Arbeitgebern, Lehrern, Sportkameraden und vielen mehr. Als Bürgermeister kann man für eine solche Gesellschaft nur dankbar sein.

Aktuelle Entwicklungen

Wenn wir auf die Zahlen blicken, wurden der Stadt Schmallenberg 2015 etwa 500 Personen zugewiesen, 2016 etwa 200. Durch Wegzug in ihre Heimatländer und den Umzug in andere Kommunen, hat sich die Anzahl der in Schmallenberg lebenden Flüchtlinge inzwischen auf 458 Personen reduziert. Über 90 konnten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und sind weitgehend unabhängig von Sozialleistungen. Allerdings erhalten auch noch 367 Personen Unterstützung aus öffentlichen Kassen auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgesetzbuches II. Die Integrationsmaßnahmen sind vielfältig; Team Impuls, die Volkshochschule, GAB Schmallenberg und das Sozialwerk St. Georg führen immer in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Integrationsmaßnahmen durch, die sich sehr stark am persönlichen Lernbedarf des Einzelnen ausrichten.

Anwendung bestehender Regelungen

Nach dem ungeordneten Zustrom 2015 hat sich Deutschland deutlich besser organisiert. Wir sind uns einig, dass jeder Flüchtling registriert werden muss. Es gibt klare Regeln für die Anerkennung und einen breiten Konsens, dass auch Abschiebungen durchgeführt werden müssen. Allerdings verläuft hier noch eine Konfliktlinie zu den Linken und Teilen der Grünen, im Zusammenhang damit dann auch wieder zur SPD, die unbedingt notwendige Regelungen wie die Anerkennung von Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten bisher verhindern. Es bleibt die Aufgabe des Staates, unsere Sicherheit zu garantieren.

Bernhard Halbe
Bürgermeister der
Stadt Schmallenberg



Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Klaus Kaiser, Direktkandidat für unseren Wahlbezirk, möchte den politischen Wechsel im Land erreichen. Gerade für unsere Region, aber auch landesweit, sieht er dringenden politischen Handlungsbedarf:

„Die aktuelle Diskussion um die Möglichkeiten, dem Terroristen Amri im Vorfeld das Handwerk zu legen, zeigt einmal mehr auf Nordrhein-Westfalen und Innenminister Jäger. Dieser sucht wie immer die Schuld bei anderen. Dabei trägt er die Verantwortung, wenn der Attentäter sich mit 14 Identitäten im Land frei bewegen und dazu noch Sozialbetrug begehen konnte. Viele anerkannte Experten betonen zu Recht, NRW konnte den Straftäter inhaftieren, wenn man nur gewollt hätte.

Blicken wir also zu Beginn auf die **Innere Sicherheit**: NRW versagt nicht nur bei der Bekämpfung der größten Bedrohung unseres Landes, dem Terrorismus. Wir sind auch Spitzenreiter bei den Wohnungseinbrüchen. Leider aber belegen wir den letzten Platz bei der Aufklärung. Und Rot-Grün dünnt die Polizei im ländlichen Raum weiter aus.

Blicken wir auf die **wirtschaftliche Entwicklung** unseres Landes: Schmallenberg ist als Kommune Vorbild, denn hier gibt es Vollbeschäftigung und eine äußerst erfolgreiche örtliche Wirtschaftsstruktur. Dennoch müssen wir darauf achten, dass das auch so bleiben kann. Durch den Landesentwicklungsplan werden Erweiterungsmöglichkeiten für die Industrie eingeschränkt. Und der Eindruck drängt sich auf, dass das Sauerland von manchem rot-grünen Politiker nur als Freizeitpark verstanden wird. Wir müssen alles dafür tun, damit wir starker Wirtschaftsstandort bleiben.

Es geht ferner darum, die **Infrastruktur** zu stärken. Die Ortsumgehung Bad Fredeburg muss möglichst rasch gebaut werden und wir brauchen schnelles Internet in allen Dörfern. Bayern fördert hier mit Milliarden, NRW nur Bruchteile davon.

Bei der **Finanzausstattung der Städte und Gemeinden** muss das Land einen gerechten Schlüssel anwenden. Denn der Mensch im Sauerland ist genauso viel wert wie jemand in den Ballungsgebieten. So werden auch beim Programm „Gute Schule 2020“ die Mittel ungerecht verteilt. In den Ballungsräumen gibt es pro Schüler mehr Geld vom Land.

Und blicken wir auf die **Bildung**: Schulministerin Löhrmann weigert sich, den Unterrichtsausfall zu erfassen, wo doch an jeder Ecke die Klagen über zunehmenden Ausfall von Stunden laut werden. Ganz zu schweigen von der Inklusion, die schlecht umgesetzt wird und zu vielen Klagen der Betroffenen führt. Unsere Schulen müssen wieder leistungsfähiger werden und mit ausreichend Lehrerinnen und Lehrern ausgestattet werden. Sie brauchen nicht ständig neue Reformen, sie müssen einfach mal in Ruhe arbeiten dürfen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, diese und viele andere Themen entschlossen anzupacken und NRW wieder nach vorn zu bringen.“

Klaus Kaiser MdL

Direktkandidat der CDU für den Wahlkreis
Hochsauerlandkreis 1



Land- und Forstwirtschaft im Blick

Einer der bedeutenden Wirtschaftszweige in NRW

Der CDU-Kreisverband HSK sowie die Landtagsabgeordneten Klaus Kaiser und Matthias Kerkhoff hatten im Herbst vergangenen Jahres zum „Fachgespräch Landwirtschaft hat Zukunft“ in die Akademie Bad Fredeburg eingeladen. Gut 30 Land- und Forstwirte sowie weitere CDU-Mitglieder interessierten sich für das Thema. Als Expertin zum Thema Land- und Forstwirtschaft war Christina Schulze-Föcking MdL, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Landwirtschaft und ländliche Räume der CDU, zu Gast in Bad Fredeburg. Sie referierte über die aktuellen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft und über die große Bedeutung der Branche im Bundesland NRW. Dabei nahm sie auch die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung aufs Korn. Hohe gesetzliche Auflagen, zum Beispiel im Landesnaturschutzgesetz oder im Landesjagdgesetz, machen den Land- und Forstwirten in NRW das Leben schwer. Schulze-Föcking, selbst gelernte Landwirtin, konnte ihre Standpunkte auch in der sich anschließenden regen Diskussion überzeugend vertreten und

fand damit viel Zustimmung bei den anwesenden Zuhörern. Schulze-Föcking: „Nur in der CDU-Fraktion gibt es gelernte Landwirte“. Aus der Zuhörerschaft kamen im Rahmen der Diskussion allerdings auch kritische Töne gegenüber der eigenen Zunft: „Warum kommen nicht mehr von uns zu einer solchen Veranstaltung?“, fragte ein Landwirt in die Runde.

**War zu Gast in Bad Fredeburg:
Christina Schulze Föcking MdL**

stellvertretende Vorsitzende der CDU-
Landtagsfraktion und Vorsitzende des
Bundesfachausschusses Landwirtschaft
und ländliche Räume der CDU



Aus den Ortsverbänden



Georg Voss neuer Vorsitzender der Ortsunion Fleckenberg

In der Ortsunion Fleckenberg wurde Georg Voss zum neuen 1. Vorsitzenden gewählt. Der langjährige Vorsitzende Anton Kohle stellte sich nicht wieder zur Wahl. Die gesamte Ortsunion bedankte sich für das außerordentliche Engagement und die kollegiale Zusammenarbeit von Anton Kohle in über 21 Jahren Vorsitz. Des Weiteren wurden Markus Bette im Amt des 2. Vorsitzenden sowie Huberta Sasse als Kassiererin und Maria Pape als Schriftführerin bestätigt. Georg Voss bedankte sich für das Vertrauen der Ortsunion Fleckenberg und freut sich auf die Aufgabe, gemeinsam mit allen agierenden Strukturen in Fleckenberg, um eine lebenswerte Zukunft für die Bürger des Ortes gestalten zu dürfen.

CDU-Ortsverband Bödefeld-Freiheit und -Land feierte 70-jähriges Jubiläum

Zur Feier des 70jährigen Bestehens hatte der CDU-Ortsverband Bödefeld-Freiheit und -Land Anfang November 2016 in den Gasthof Albers gebeten - und viele Mitglieder waren der Einladung ihres Vorsitzenden Johannes Schöttler gefolgt. Dieser begrüßte die Anwesenden und blickte zurück auf die 70-jährige Geschichte des Ortsverbandes, nicht ohne auf die Herausforderungen der Gegenwart, z.B. den Umgang mit der Windenergie, einzugehen. Nach einem kurzen Grußwort des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Hans-Georg Bette folgte eine Ansprache des CDU-Kreisvorsitzenden Matthias Kerkhoff MdL. Dieser referierte kurzweilig, interessant und kompetent über landespolitische Themen und gab einen Ausblick auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf. Im Anschluss gab es reichlich Gelegenheit zur Diskussion, bevor es dann zur Ehrung der Jubilare kam. Matthias Kerkhoff konnte einige Mitglieder für 60-, 40- und 25-jährige Mitgliedschaft auszeichnen, unter anderem auch den Ortsverbandsvorsitzenden Johannes Schöttler für 40 Jahre Mitgliedschaft.



CDU-Kreisverbandsvorsitzender Matthias Kerkhoff MdL mit den Jubilaren des Bödefelder Ortsverbandes

Nachruf Karl Knipschild

Im Februar 2016 verstarb unser Mitglied Karl Knipschild aus Westernbödefeld.

Herr Karl Knipschild war der Politik mit Leidenschaft verbunden. 1964 wurde er Mitglied der Gemeindevertretung Bödefeld-Land, später Mitglied der Amtsvertretung Fredeburg. Seit der kommunalen Neugliederung im Jahr 1975 bis 1989 war er Mitglied der Stadtvertretung Schmallebenberg. Zu der Tätigkeit in zahlreichen kommunalen Ausschüssen kamen die Ämter des Bürgermeisters der Gemeinde Bödefeld-Land, des Amtsbürgermeisters des Amtes Fredeburg sowie später des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Schmallebenberg hinzu.

Von 1980 bis 1995 war Herr Karl Knipschild als direkt gewählter Abgeordneter Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Als langjähriger Vorsitzender des Petitionsausschusses

des Landtags hatte er stets das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick. Viele Menschen konnte er in dieser Funktion bei ihren konkreten Anliegen unterstützen. In der CDU war Herr Karl Knipschild als Vorstandsmitglied auf Orts-, Stadt- und Kreisverbandsebene aktiv.

Sein außerordentlicher Einsatz für die ehemalige Gemeinde Bödefeld-Land, die Stadt Schmallebenberg, seinen Wahlkreis „Hochsauerlandkreis III / Siegen-Wittgenstein I“ und das Land Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 1988 durch die Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. Menschen wie Herr Karl Knipschild machen unser Gemeinwesen aus. Für sein Engagement gebühren dem Verstorbenen unser Dank und unsere Anerkennung. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

OV Oberkirchen: Übergabe des Ratsmandates

Kurz vor der Vollendung seines 70. Lebensjahres ist Friedhelm Pape aus Oberkirchen Ende 2016 auf eigenen Wunsch aus dem Stadtrat ausgeschieden. Seit 2009 war der Sparkassendirektor im Ruhestand direkt gewählter Stadtvertreter für den Wahlbezirk Oberkirchen. Als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksausschusses Oberkirchen/Westfeld hat sich Friedhelm Pape für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des oberen Lennetals eingesetzt. Ferner war er Mitglied im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur sowie stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses.

Im Rahmen einer Fraktionssitzung im Landhotel Schütte wurde Friedhelm Pape Anfang Januar 2017 vom Fraktionsvorsitzenden Ludwig Poggel verabschiedet. Neuer Stadtvertreter für den Wahlbezirk Oberkirchen wird nun Dr. Matthias Schütte, der bereits seit einiger Zeit als sachkundiger Bürger in der Fraktion mitarbeitet. Der 56jährige ist als Jurist bei der innogy

SE, einer Tochtergesellschaft von RWE, in Essen beschäftigt und gebürtiger Oberkirchener. Stadtverband, Ortsverband und Fraktion bedanken sich bei Friedhelm Pape für die geleistete Arbeit und wünschen Dr. Matthias Schütte viel Erfolg für seine ehrenamtliche Ratstätigkeit.



v.l.n.r.: Dietmar Albers, Dr. Matthias Schütte, Bernhard Halbe, Friedhelm Pape und Ludwig Poggel

Einblick in den Arbeitsalltag des Landtages

Auf Einladung von Klaus Kaiser MdL besuchte der CDU-Stadtverband im Sommer den NRW-Landtag in Düsseldorf. Nach dem obligatorischen Sicherheitscheck fand eine kurze Einführung in die Arbeit des Landtags statt. Es folgte die Teilnahme als Zuschauer an einer Plenarsitzung.

Die beiden heimischen Landtagsabgeordneten Klaus Kaiser und Matthias Kerkhoff nahmen sich im Anschluss eine gute Stunde Zeit, um im Fraktionssaal der CDU mit den Gästen aus Schmallenberg über landespolitische Themen zu diskutieren.



Unsere Gruppe mit Klaus Kaiser MdL (1. Reihe links) und Matthias Kerkhoff MdL (1. Reihe rechts) im Landtagsgebäude